



Berliner Kreis Aktuell

10/2020

EDITORIAL

Neben der großen Thematik des Coronavirus mit all seinen Auswirkungen, die an anderen Stellen die Zeitungen füllen, gibt es eine Vielzahl an weiteren ungelösten Problemen. Leider haben nicht nur die Jihadisten Europa erreicht, sondern auch der Jihad selbst. Terroristische Anschläge sind in Europa keine Seltenheit mehr.

Gerade unser Nachbar Frankreich hat eine traurige Tradition islamistischer Anschläge in den letzten Jahren entwickelt. Hervorstechen dabei die Anschläge auf die Redaktion des Satiremagazin Charlie Hebdo und das Massaker im Bataclan, welches begleitet wurde mit weiteren Terrorattacken in der ganzen Stadt. In Nizza fuhr ein von einem Terroristen gesteuerter LKW auf eine Festmeile und tötete über 80 Menschen. Ausschreitungen in den Banlieues von Paris sind sowieso schon seit vielen Jahren üblich und die Bilder der handlungsunfähigen französischen Sicherheitskräfte im Angesicht der Straßenschlachten in Gijon zwischen Arabern und Tschetschenen sind auch noch nicht verblasst. Und jetzt wieder: Weil ein Lehrer, Samuel Paty, in seinem Unterricht zum Thema Meinungsfreiheit die Mohammed-Karikaturen von Charlie Hebdo besprach, wurde er von einem Islamisten enthauptet. Der französische Präsident Macron reagierte auf den Mord, indem er

Paty in der Universität Sorbonne, dem „dem symbolischen Denkmal des Geistes der Aufklärung“ posthum mit dem höchsten Orden Frankreichs ehrte. Die Reaktionen aus der islamischen Welt waren Proteste gegen Mohammed-Karikaturen – nicht gegen islamistischen Terror wohlgermerkt – und der türkische Präsident Erdogan rief zum Boykott französischer Produkte auf. Und nun, wenige Tage später gibt es schon die nächsten Terrorattacken in Frankreich. Eine Frau wurde in der Notre-Dame in Nizza enthauptet, zwei weitere Christen erstochen. Es gilt die höchste Terrorwarnstufe in Frankreich. In Deutschland wurde in Dresden ein homosexuelles Paar mit deinem Messer attackiert. Einer wurde schwer verletzt, der andere starb. Starke Reaktionen blieben in Deutschland hingegen aus. Weder Presse, noch Regierungsvertreter äußerten sich nennenswert. Der Mord ist in höchstem Maße abscheulich, die Reaktion schlicht eine Schande.

Dabei ist es nötig auch dem Islamismus endlich mit aller Härte zu begegnen. Neben dem Terrorismus gibt es auch verdeckte Formen des Islamismus, zum Beispiel die Kleiderordnung der Frau. In Duisburg wurden in der Niederrhein-Therme zu freizügige Badebekleidungen verboten, mit dem Hinweis, dass manche der Kulturen, die in der Therme aufeinandertreffen dies nicht akzeptieren würden. Nach Protesten gegen

das Verbot wurde es zwar wieder aufgehoben, doch der Vorfall ist nicht der erste dieser Richtung und macht wieder einmal deutlich, dass islamisierende Tendenzen nicht erst durch Morde und Attentate deutlich werden.

Islam, aber auch weitere Themen wie Corona, EU-Geldpolitik oder Kinderrechte sind wichtige Themen, die Deutschland derzeit bewegen.

Der Berliner Kreis in der Union besteht aus Abgeordneten, die Themen bearbeiten und ihre Sicht der Dinge gesammelt veröffentlichen wollen. Um Sie an dieser Arbeit teilhaben zu lassen, werden künftig die Mitglieder des Berliner Kreises in diesem monatlich erscheinenden Online-Magazin über ihre Arbeit berichten.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und natürlich beste Gesundheit

Ihre

Sylvia Pantel, MdB

INHALTSVERZEICHNIS

S.3 Darum haben wir den Berliner Kreis in der Union gegründet

S.4 Klaus-Peter Willsch

Der Parlamentarische Freundeskreis Berlin-Taipeh

S. 7 Hans-Jürgen Irmer

Der Versuch ist loblich, doch ein einheitliches Asyl-System in weiter Ferne: Kommissionsvorschläge für Deutschland nachteilig und für die CDU nicht zustimmungsfähig

S. 9 Michael von Abercron

Kritik am Entwurf des Arbeitsschutzkontrollgesetzes

S.10 Sylvia Pantel

Wir müssen die Islamismusbekämpfung von der Integrationspolitik trennen

S.13 Pressemitteilungen des Berliner Kreises: September & Oktober

DARUM HABEN WIR DEN BERLINER KREIS IN DER UNION GEGRÜNDET

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen und gesellschaftlicher Umbrüche. Die Menschen erwarten von der Politik klare Antworten, Orientierung und Führung. Konturlosigkeit und Relativismus gibt es genug. Wenn wir als Union eine starke politische Kraft bleiben wollen, darf nicht der Zeitgeist unser Handeln bestimmen. Wir müssen uns wieder auf unsere Grundüberzeugungen besinnen. Es ist unsere Aufgabe, den Menschen zu verdeutlichen, dass die kulturellen Errungenschaften und das christliche Wertefundament unabhängig von „konjunkturellen“ Schwankungen und gesellschaftlichen Trends Geltung behalten und Richtschnur bleiben müssen. Unser Anliegen ist es, dass unsere Überzeugungen nicht verblasen.

Wir wollen einen Beitrag zur Selbstvergewisserung und Bestimmung wertkonservativer Überzeugungen in der Moderne leisten. Deshalb organisieren wir uns als Berliner Kreis in der Union. Der Berliner Kreis hat sich zunächst als Gesprächszirkel aus Mandatsträgern der Unionsparteien auf Bundes- und Landesebene etabliert. Er versteht sich als eine offene Diskussionsrunde innerhalb der Union. Ziel ist es, dass die konservativen, die christlich-sozialen und die liberalen Wurzeln der Unionsparteien besser als bisher erkennbar und im politischen Alltag umgesetzt werden. Eine Welle von Rückmeldungen in der Gründungsphase des Berliner Kreises zeigen, dass die Union nicht zuletzt im Bild ihrer Stammwähler als zu beliebig und zu wenig unterscheidbar von der politischen Konkurrenz wahrgenommen wird.

Wir laden deshalb alle Bürgerinnen und Bürger, die sich den Grundüberzeugungen der Union verpflichtet fühlen und an einem klaren Profil unserer Parteien interessiert sind, herzlich ein, sich in der Union zu engagieren. Die Union hat sich seit ihrer Gründung immer wieder erneuert, gesellschaftliche Entwicklungen aufgenommen und gestaltet. Dies findet unter anderem seinen Niederschlag in den regelmäßig fortgeschriebenen Grundsatzprogrammen. Eine sichere Zukunft in Freiheit, Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt sind die dauerhaften Ziele der Union. Das bedeutet für uns aber auch, das Neue nur dann an die Stelle des Alten zu setzen, wenn es besser ist als das Bestehende: „Neu“ allein heißt nicht zwingend „besser“. Wir wollen nicht die

Grundsätze aus dem Auge verlieren, die sich bewährt haben und uns Menschen vorgegeben sind. Die Union muss die große Volkspartei der Mitte bleiben. Wertkonservative, christlich-soziale und wirtschaftsliberale Wähler müssen gerade in der Union ihre Heimat sehen. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, dass die größte „Partei“ inzwischen die Gruppe der Nichtwähler ist. Wir wollen unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden.

Unterschiede in den Meinungen und Interessen müssen offen und in gegenseitiger Achtung und Toleranz ausgetragen werden. Der Berliner Kreis versteht sich als Initiator einer Debatte, die Ideen und Zielvorstellungen entwickelt, wie wir im 21. Jahrhundert leben wollen. Dabei lassen wir uns von dem Gedanken leiten, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns steht. Der Einzelne hat genauso einen Anspruch auf größtmögliche Freiheit zur Entfaltung eigener Talente, wie er die Gewissheit haben muss, dass im Notfall die Gemeinschaft für ihn da ist. Innerhalb eines Ordnungsrahmens, den der Staat zu setzen hat, finden Bürgerinnen und Bürger Freiraum, um sich in der Verantwortung für das Gemeinwesen zu entfalten und in Freiheit am Markt zu agieren. Um dies zu erreichen, muss die Union in zukünftigen Wahlen selbstbewusst zu ihren Werten stehen, ihre eigenen Anhänger mobilisieren und die Unterschiede zu anderen Parteien deutlich machen. Eine „asymmetrische Wählerdemobilisierung“ führt nicht zum Ziel. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in allen Grundsatzfragen sind der Schlüssel zum Erfolg. Als Berliner Kreis wollen wir unmissverständlich sagen, wofür die Union steht und was mit der Union nicht zu machen ist. Wir rufen alle, die ein klares Profil der Union wünschen, dazu auf, sich zu beteiligen.

[\(http://berliner-kreis.info/\)](http://berliner-kreis.info/)



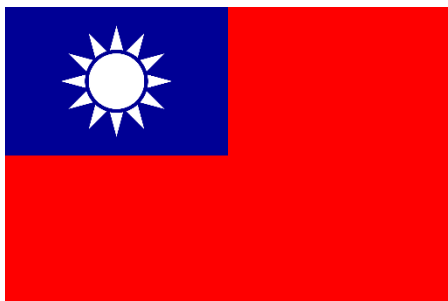
Christean Wagner, Initiator des Berliner Kreises



Sylvia Pantel, Co-Sprecherin des Berliner Kreises



Klaus-Peter Willsch, Co-Sprecher des Berliner Kreises



Die Flagge Taiwans symbolisiert die „Drei Prinzipien des Volkes“: Die Demokratie „Min Chuan“ (blau), den Wohlstand „Min Sheng“ (weiß) und den Nationalismus „Min Tzu“ (rot).

Der Parlamentarische Freundeskreis Berlin-Taipeh

von Klaus-Peter Willsch

Taiwan ist ein Leuchtturm. Ein Leuchtturm für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Darauf können die Menschen in Taiwan zurecht stolz sein. Sie leben in Freiheit. Sie arbeiten hart für Ihren Wohlstand. Die Früchte sind eine stabile Demokratie und eine Wirtschaftskraft, von der andere noch lange nur träumen können. Taiwan ist ein Vorbild – auch beim Umgang mit der Corona-Pandemie. Am 10. Oktober begeht Taiwan seinen Nationalfeiertag.

Im Deutschen Bundestag gibt es 47 Parlamentariergruppen. Es gibt zum Beispiel eine deutsch-amerikanische, eine deutsch-französische oder eine deutsch-russische Parlamentariergruppe. Viele Staaten – insbesondere die kleineren – werden in Gruppen zusammengefasst. So befinden sich Indonesien, Vietnam und Malaysia zusammen mit ein paar anderen Staaten in der ASEAN-Parlamentariergruppe. Und sogar Australien muss sich eine Gruppe zusammen mit Neuseeland, Papua-Neuguinea und Timor-Leste teilen.

Taiwan hingegen hat eine eigene Parlamentariergruppe. Ich bin stolz darauf, gerade Vorsitzender dieser Gruppe zu sein. Und unsere Parlamentariergruppe ist sogar noch eine der größeren Gruppen im Deutschen Bundestag. Aber der Name „Freundeskreis Berlin-Taipeh“, den unsere Parlamentariergruppe offiziell noch trägt – oder besser gesagt: tragen muss – zeigt auch ein Problem auf. Denn aufgrund der Ein-China-Politik erkennt Deutschland Taiwan leider nicht als souveränen Staat an und unterhält deshalb keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Das ist sehr schade. Taiwan ist eine gefestigte Demokratie, was in der Region leider wahrlich keine Selbstverständlichkeit ist. Aufgrund der Ein-China-Politik heißt der Freundeskreis offiziell nicht deutsch-taiwanische Parlamentariergruppe, sondern ist nach unseren Hauptstädten Berlin und Taipeh benannt. Wir haben versucht, dies zu ändern, weil wir als frei gewählte Parlamentarier mehr Spielräume als die Regierung zu haben glauben und diese selbstbewusst nutzen wollen. Wir wollten ein Freundeskreis bleiben, aber offiziell auch so heißen dürfen wie alle anderen – nämlich deutsch-taiwanische Parlamentariergruppe. Unser Vorstoß war leider noch nicht erfolgreich. Ich werde uns aber weiterhin als deutsch-taiwanische

Parlamentariergruppe bezeichnen. Das lasse ich mir nicht nehmen.

Nachholbedarf in Deutschlands Taiwanpolitik

Mit den Parlamentariergruppen pflegt der Deutsche Bundestag die Beziehungen zu anderen Staaten auf parlamentarischer Ebene. In der Außenpolitik besteht zwar traditionell eine Prädominanz der Exekutive. Die Parlamentariergruppen sind aber eine wichtige Ergänzung. Wir wollen als Gesetzgeber und Kontrolleure unserer Regierungen voneinander lernen und Erfahrungen austauschen. Gerade zwischen Abgeordneten ist das sehr wichtig. Aber natürlich pflegen wir auch enge Kontakte zu Regierungsvertretern und gesellschaftlichen Repräsentanten.

Im Mai 2018 war ich beispielsweise zusammen mit Roland Jahn in Taiwan zu Gast. Roland Jahn ist der Leiter der Stasiunterlagenbehörde – also der Behörde, die die Unterlagen des „Staatssicherheitsdienstes“, des früheren DDR-Geheimdienstes, verwahrt. Die Behörde ist ein wichtiges Instrument zur geschichtlichen Aufarbeitung der zum Glück überwundenen DDR-Diktatur. Auch wenn sich eine Gleichsetzung der totalitären kommunistischen Herrschaft im früher unfreien Teil unseres Vaterlandes mit der Zeit des Kriegsrechts in Taiwan verbietet, spielt Aufarbeitung doch auch in Taiwan eine große Rolle, da im Namen staatlicher Autorität Unrecht begangen wurde. Am 28. Februar wird in Taiwan des 28-Massakers gedacht. Bei unserem Besuch ging es nicht darum, jemanden zu belehren. Das können und wollen wir nicht. Wir haben von unseren Erfahrungen berichtet. Von Erfolgsrezepten und Fehlern. Fehler, die wir schon gemacht haben, müssen andere nicht wiederholen, erfolgreiche Modelle nachzuahmen, ist nicht einfalllos, sondern klug.

Aufgrund der Ein-China-Politik konzentrieren sich die offiziellen deutsch-taiwanischen Beziehungen vor allem auf die Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Gerade was die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen anbelangt, läuft es sehr gut. Deutschland ist sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten Taiwans wichtigster Partner in Europa. Aus deutscher Sicht steht Taiwan

knapp hinter Indien an fünfter Stelle unserer wichtigsten Handelspartner in Asien. Im weltweiten Vergleich steht Taiwan auf Position 29 – vor Brasilien, Kanada oder Australien. Das ist für ein verhältnismäßig kleines Land wie Taiwan eine immense Leistung. Und Taiwan beliefert uns nicht mit irgendetwas, sondern mit hochwertigen Gütern. Taiwanische Marken haben in Deutschland einen exzellenten Ruf.

Leider setzt uns die Ein-China-Politik einen engen Rahmen. Ich rechne es Taiwan hoch an, dass auch die taiwanische Regierung diesen Rahmen respektiert und immer respektiert hat. Wir Mitglieder des Freundeskreises arbeiten daran, dass innerhalb dieses Rahmens Hürden ab- und nicht weitere aufgebaut werden. Ein großer Erfolg war dabei sicherlich die Befreiung von der Schengenvisumpflicht für taiwanische Staatsbürger. Touristen und Geschäftsleute dürfen 90 Tage ohne Visum nach Deutschland reisen.

Leider gilt dies nicht für die Spitzenpolitiker des Landes. Wir Freunde Taiwans thematisieren dies immer wieder im Deutschen Bundestag. Offiziell gibt es kein Einreiseverbot. Und dennoch sind ranghohe Vertreter von offizieller Seite in Deutschland und in EU nicht willkommen. Ich sage es offen: Es bedrückt und beschämt mich. Ich finde es beschämend, wenn Vertretern undemokratischer Systeme der rote Teppich ausgerollt wird, während uns zum Beispiel der Repräsentant eines demokratisch legitimierten Parlaments wie dem Legislative Yuan nicht besuchen darf oder nicht besuchen soll. Auch wenn es in der gesamten Europäischen Union eher die Ausnahme als die Regel ist, dass taiwanische Spitzenpolitiker nicht einreisen dürfen, halte ich es für falsch – für grob falsch sogar. Wir beugen uns an dieser Stelle einem unbotmäßigen Druck. Viel wichtiger erscheint mir ein konstantes Dagegenhalten. Als kleines Zeichen haben wir vor einiger Zeit den taiwanischen Vize-Außenminister Dr. Szu-Chien Hsu ganz bewusst im Deutschen Bundestag empfangen – und nicht an einem neutralen Ort.

Taiwan ist der Beweis, dass auch Chinesen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit können! Die Liste der kleinen und großen Repressionen und Drohungen von Seiten der Volksrepublik China gegenüber Taiwan ist lang. Bei jeder Gelegenheit versucht China den Namen Taiwan zu tilgen oder mit dem Label „China“ zu versehen. Vor etwa zwei Jahren hat der taiwanische Außenminister Joseph Wu beispielsweise der Süddeutschen Zeitung ein Interview gegeben. Keinen Tag später nahm die chinesische Botschaft die

Zeitung unter Beschuss. Die Süddeutsche Zeitung würde nicht nur gegen die Ein-China-Politik verstoßen, sondern auch noch "sektiererischen Kräften der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung eine öffentliche Plattform zu bieten". Die Wortwahl macht mich immer noch fassungslos. Denn Joseph Wu ist der demokratisch legitimierte Außenminister eines Staats mit 23 Millionen Einwohnern – und nichts anderes.

In aller Offenheit forderte der chinesische Staatschef Xi Jinping in seiner 2019er Neujahrsansprache eine Annexion Taiwans – notfalls mit militärischen Mitteln. Ich spreche bewusst nicht von einer Wiedervereinigung. Denn die Republik China war nie Teil der Volksrepublik. Ich habe die Drohung Xi Jinpings danach im Deutschen Bundestag zur Sprache gebracht. Ich habe unserem Außenminister Heiko Maas im Plenum folgende Frage gestellt:

„Wie wird die Bundesregierung auf die Drohung des chinesischen Staatspräsidenten Xi gegenüber Taiwan in dessen Neujahrsansprache reagieren, beide Länder notfalls mit militärischen Mitteln zu vereinigen?“

Und weil die Antwort so eindeutig wie erfreulich war, möchte ich Sie hier in voller Länge eins zu eins wiedergeben:

„Die Bundesregierung wird in dieser Frage die Position, die sie immer eingenommen hat, auch gegenüber den Verantwortlichen in China vertreten. Unabhängig von den Spannungen, die es im Südchinesischen Meer gibt, halten wir die Androhung von militärischen Mitteln für nicht akzeptabel; das werden wir an der entsprechenden Stelle auch deutlich sagen.“

Darüber hinaus ist das ein schönes Beispiel für die Notwendigkeit, wie ich finde, dass wir nicht nur die Haltung der Bundesregierung, die bei dem Thema eine sehr deutliche gewesen ist, unterstreichen, sondern dass wir uns auch als Europäische Union in dieser Frage positionieren.



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch (Bild) ist Vorsitzender des Parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipeh.

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentariergruppe sind Klaus Mindrup (SPD), Dr. Rainer Kraft (AfD), Dr. Hermann Otto Solms (FDP) und Eking Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen).

Im Übrigen ist es auch ein Beispiel dafür, warum wir der Auffassung sind, dass man im Außenrat der Europäischen Union mit Mehrheitsentscheidungen durchaus besser arbeiten kann. Schließlich ist in der Vergangenheit – durchaus durch nicht ungeschickte Einwirkung von der chinesischen Seite auf einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union – zumindest eine eindeutige Beschlussfassung zu diesem Thema in ihrem Sinne verhindert worden. Insofern wäre es ein Fortschritt, wenn es uns gelingen würde, uns auf europäischer Ebene eindeutig in dieser Frage zu positionieren.“

Wachsende Spannungen in der Straße von Taiwan – auch militärisch

Ich bin mit unserem Außenminister nicht immer einer Meinung, aber ich danke Heiko Maas

ausdrücklich für dieses Bekenntnis. Mittlerweile lässt die Volksrepublik ihren Worten mehr und mehr Taten folgen. Bei seinem Besuch in Deutschland drohte der chinesische Außenminister Tschechien, weil eine hochrangige Delegation tschechischer Politiker Taiwan einen Solidaritätsbesuch abstattete. Für dieses "kurzsichtige Verhalten" müsse Tschechien einen "hohen Preis" zahlen, so Wang Yi direkt vor einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Maas. Das ist und war ein Affront sondergleichen. Peking belässt es nicht nur bei markigen Aussagen. Auch das militärische Drohpotenzial wächst. Die Meldungen über Eindringen rotchinesischer Kampfflugzeuge in die taiwanische Luftverteidigungszone mehren sich. Auch dies habe ich im Bundestag zur Sprache gebracht. Die Bundesregierung äußerte hierzu:

„Insgesamt sieht die Bundesregierung die wachsenden – auch militärischen –

Spannungen in der Straße von Taiwan mit Sorge und setzt sich auch weiterhin für Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße ein.“

Das sind warme Worte, mehr nicht. Wir müssten viel stärker dagegen halten. Die Bundesregierung muss auch weiterhin eine sinnvolle Beteiligung Taiwans an internationalen Organisationen, Mechanismen und Aktivitäten unterstützen. Taiwan muss – auch wenn es kein Mitglied der Vereinten Nationen ist – an UNFCCC, ICAO, WHO oder Interpol teilhaben können. Wer für wirksame Maßnahmen als Antwort auf veränderte Klimabedingungen eintreten möchte, darf eine Industrienation wie Taiwan nicht von einer UN-Klimakonferenz ausschließen. Eine Teilhabe Taiwans an der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO ist gerade deshalb unabdingbar, weil der Flughafen Taipeh ein Luftfahrt-Drehkreuz in Südost-Asien ist. Die Corona-Pandemie hat es leider erneut bewiesen: Krankheiten und Epidemien machen in unserer globalisierten Welt natürlich nicht an Landesgrenzen halt. Denn Viren kennen keine Grenzen.

Wir haben alle bewundert, wie Taiwan mit der Corona-Pandemie umgeht. Taiwan war eines der ersten Länder, das die Gefährlichkeit des Virus für die Weltgesundheit erkannt hat. Und trotzdem darf Taiwan bei der Weltgesundheitsversammlung noch nicht einmal am Katzentisch sitzen! Das ist nicht nur unfair, sondern auch dumm!

Nachdem ich wiederholt für eine pragmatische Teilhabe Taiwans an der Weltgesundheitsorganisation WHO geworben hatte, schrieb mir unser Gesundheitsminister Jens Spahn vor kurzem:

„Gerade bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren wie dem augenblicklichen Ausbruch des Corona-Virus muss sichergestellt sein, dass alle relevanten Akteure inklusive Taiwans direkten Zugang zu notwendigen Informationen erhalten. Die Bundesregierung wird sich auch zukünftig für eine technische Einbindung Taiwans einsetzen. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass Lösungen, die über diese praktizierte rein technische Zusammenarbeit hinausgehen, gegen den Widerstand der Volksrepublik China im System der Vereinten Nationen kaum zu erreichen sind.“

Vor diesem Hintergrund bin ich Spahn sehr dankbar, dass er sich persönlich in Form eines Briefs bei seinem taiwanischen Amtskollegen für das Geschenk von einer Million

Atemschutzmasken und weiterer Schutzausrüstung bei seinem taiwanischen Amtskollegen bedankt hat. Man sollte meinen, dass dies eine Selbstverständlichkeit ist. Ist es aber leider nicht.

Bei der vergangenen UN-Vollversammlung scheiterte ein Versuch, Taiwan in die UN aufzunehmen. Nur 14 Verbündete sprachen sich für Taiwan aus. Ich habe mit keinem anderen Ergebnis gerechnet. Taiwan verfolgt hier ohnehin keinen dogmatischen, sondern einen pragmatischen Ansatz. Wichtig ist: Taiwan sollte, auch ohne als Staat anerkannt zu sein, an Internationalen Organisationen teilhaben können. Demokratie und Freiheit sind dafür die beste Werbung. Demokratie und Freiheit sind ein wahrer Schatz. Dieser Schatz darf unter keinen Umständen preisgegeben werden. Dafür braucht Taiwan auch unsere Unterstützung – mehr denn je.



2015 veröffentlichte Klaus-Peter Willsch "Von Rettern und Rebellen" im Finanzbuch Verlag. Darin beschreibt er die Verfehlungen der Bundesregierung rund um die Eurokrise aus seiner spannenden Innenperspektive.

Der Versuch ist löblich, doch ein einheitliches europäisches Asyl-System in weiter Ferne: Kommissionsvorschläge für Deutschland nachteilig und für CDU nicht zustimmungsfähig

von Hans-Jürgen Irmer

Dass die EU-Kommission versucht, ein einheitliches europäisches Asyl-System hinzubekommen, ist im Grundsatz zu begrüßen. Dies soll ausdrücklich erwähnt werden. Zentrale Elemente sind geplante Vorprüfungen von Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, die Stärkung der Außengrenzen und die Rückführung von Schein-Asylanten und abgelehnten Asylbewerbern. Dem kann man prinzipiell zustimmen. Doch diese Vorschläge bestehen zunächst einmal nur auf dem Papier und bedürfen der Zustimmung aller europäischen Staaten. Genau diese Zustimmung wird es allerdings wegen anderer negativer Vorschläge nicht geben, denn die Visegrád-Staaten (also die Ostblock-Staaten) lehnen ebenso wie Österreich und andere eine verpflichtende Verteilung von Asylanten oder anerkannten Flüchtlingen kategorisch ab – und sie haben Recht damit! Auch der Versuch der EU-Kommission, diese Länder zu verpflichten, wenn sie denn schon niemanden aufnehmen, zumindest auf eigene Kosten abgelehnte Asylbewerber zu übernehmen und in die Heimat zurückzuführen wird nicht funktionieren., denn jeder, der sich mit Abschiebungen einmal befasst hat, weiß wie unendlich schwierig es ist. Es hat sich mittlerweile eine regelrechte Abschiebeverhinderungsindustrie unter Mitwirkung von linken Anwälten, die daran gut verdienen, gebildet, die alles daran setzen, Zeiten zu schinden, um den Aufenthalt ihrer Klienten möglichst lange hinauszuzögern. Im Übrigen zu Lasten des deutschen Steuerzahlers. Der Erfinder des EU-Türkei-Deals, Knaus, hat in einem bemerkenswerten Interview mit der Rheinischen Post zum Ausdruck gebracht, dass es eine Illusion ist, darauf zu setzen, dass alle EU-Mitgliedstaaten mitmachen – „das wird nie funktionieren“. Es gebe, so Knaus, innerhalb der EU diametral entgegengesetzte Positionen, die unter oberflächlicher Rhetorik verschleiert würden. Es kommt hinzu, dass es zwar gut klingt, dass über Frontex die Außengrenzen stärker gesichert werden sollen, man andererseits aber weiß, dass

genau die EU-Mittel dafür reduziert werden, was Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) scharf kritisiert hat. Die Sicherung der Außengrenzen ist ein zentraler und zwingender Aspekt einer gemeinsamen EU-Asylpolitik.

Gute Gründe gegen den Kommissionsvorschlag

1. Geht es nach der EU wird künftig der Familienbegriff erweitert. Bisher umfasste „Familie“ Ehepartner und eigene Kinder. Künftig soll dieser Begriff auf erwachsene Geschwister ausgedehnt werden, was eindeutig quantitativ zu Lasten Deutschlands geht. Nicht akzeptabel.
2. Geht es nach der EU, soll es keine Streichungen von Sozialleistungen geben, wenn Anträge in mehreren Ländern gestellt werden
3. Nach EU-Vorstellungen gibt es keine Leistungsstreichung bei „illegaler Weiterwanderung“ von einem EU-Land nach Deutschland
4. Im Prinzip positiv: die Absicht der EU, an den Außengrenzen Anträge von Asylanten im Schnellverfahren innerhalb von 12 Wochen zu prüfen, wenn die Betroffenen aus Ländern kommen, deren Anerkennungsquote unter 20% liegt. Während dieser Zeit dürfen reduzierte Unterhaltszahlungen geleistet werden. Nachteilig insofern, als dass der Vorschlag völlig lebensfremd ist, da es nicht ein einziges EU-Land gibt, in dem Anträge in dieser Frist final bearbeitet werden können. Sämtliche Verfahren dauern, wenn es gut läuft, ein dreiviertel Jahr bis

5. ein Jahr, häufiger jedoch 1-2 oder auch 3 Jahre, im Extremfall 4 Jahre. Nach EU-Vorstellungen soll es mehr legale Zugangswege nach Deutschland geben, dies löst das Problem definitiv nicht, denn es bedeutet ein on top, denn diejenigen, die legal kommen, kommen weiter. Das wird aber diejenigen, die illegal kommen wollen, nicht davon abhalten trotzdem ihr Glück zu versuchen und zwar auf illegalem Wege. Und wenn die Illegalität noch damit „belohnt“ wird, dass Sozialleistungen gezahlt werden, kann das verständlicherweise nicht funktionieren.

Was ist zu tun?

„Aus meiner Sicht“, so der heimische Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer (CDU), Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, „muss man sich grundsätzlich ehrlich machen, denn wir werden das Problem mit den herkömmlichen Mitteln auch nicht ansatzweise lösen können, wenn man bedenkt, dass bis zum Jahr 2050 die Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent um ca. 1. Mrd. Menschen zunehmen wird, dann muss spätestens hier jedem klar werden, dass die Maßnahmen nicht helfen. Deshalb braucht man ein europäisches (!), gigantisches Aufbau-Programm für Afrika. Bildung, Infrastruktur, Rechtsstaatlichkeit. Extrem schwierig, in einem Kontinent, der Demokratie kaum kennt – Hilfe zu Selbsthilfe, allerdings europäisch überprüft, sonst funktioniert es nicht. Das heißt man muss den Menschen vor Ort Perspektiven geben. 90% derjenigen, die hierher kommen wollen, kommen aus wirtschaftlichen Gründen. Menschlich ist dies verständlich, dies ist aber kein Asylgrund. Deshalb müssen die EU-Außengrenzen massiv gesichert werden. Deshalb muss das

Geschäft der Schleuser und das häufig damit verbundene kriminelle Geschäft der NGOs beendet werden. Die Abschiebung muss bundesweit zentralisiert werden, die Klagemöglichkeiten gegen ablehnende Bescheide müssen reduziert werden. Die Seeroute ist zu schließen, dadurch dass konsequent alle diejenigen, die auf der Seeroute im Mittelmeer aufgegriffen werden, sofort zurückgeführt werden. Die Herkunftsländer müssen – wie es der Präsident des BAMF öffentlich gefordert hat – unter Druck gesetzt werden. Allerdings nicht wie es die EU vorgesehen hat in Form von bilateralen Abkommen zwischen einzelnen Staaten, sondern hier wäre es wirklich sinnvoll, wenn die EU mit ihrer gesamten Wirtschaftskraft den Ländern gegenüber, die ihre eigenen Leute nicht aufnehmen wollen, massiven wirtschaftlichen Druck ausübt. Schließlich brauchen wir externe sog. Hotspots, also Asylzentren, um möglichst ortsnah, möglichst schnell Grundsatzentscheidungen treffen können. Und schließlich muss klar sein, wer illegal kommt, tarnt, täuscht, Personalien vertuscht, Falschangaben macht, betrügt, hat prinzipiell null Anrecht auf Anerkennung als Asylbewerber. Es muss auch klar sein, dass die Mitgliedstaaten, die für ihre Antragsteller zunächst zuständig sind, für immer zuständig bleiben, was die Gewährung von Sozialleistungen und Integration angeht, denn sonst gibt es die berühmt-berüchtigte Binnenwanderung Richtung Deutschland. Und Deutschland ist nun einmal das erklärte Ziel. In den letzten Jahren wurden 40% der Asylbewerber, die europaweit kamen, in Deutschland aufgenommen – entschieden zu viel.“

Was sagt die politische Konkurrenz?

Während die Union durch ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thorsten Frei unmissverständlich ihre Ablehnung bekundet hat, kritisieren – nicht anderes zu erwarten – sowohl SPD, Grüne als auch Linkspartei/SED, dass nicht genügend aufgenommen werden. So erklärte die Grüne Fraktions-Vorsitzenden Göring-Eckardt, dass die Pläne keine Solidarität mit den „Geflüchteten“ zeigten. Die Linken sind naturgemäß gegen Schnellverfahren und wie die Grünen auch für eine Politik der offenen

Grenzen und Pro Asyl verstieg sich sogar zu der Behauptung dies sei ein „teuflicher Pakt der Entrechtung, die EU verrate Asyl- und Menschenrechte“. Weltfremder kann man eigentlich nicht mehr sein. Und im Europa-Parlament kam noch ein grüner Vorschlag hinzu, man möge die Klima-Flüchtlinge künftig auch in Deutschland aufnehmen.

Wessen Interessen vertreten SPD, Grüne und Linke/SED?

Für einen normalen Bürger, der früh morgens um sechs aufsteht, zur Arbeit fährt, am späten Nachmittag zurückkehrt, mit seinem Einkommen die Familie versucht zu ernähren und über die Runden zu kommen, müssen diese ständigen Forderungen nach dramatisch höherer Zuwanderung wie ein Hohn klingen. Denn es sind genau die sog. kleinen Leute, die durch ihre harte Arbeit erst einmal die Steuern verdienen müssen, die dann bestimmte Politiker aufwenden für ihre ideologischen



Der CDU-Bundestagsabgeordnete
Hans-Jürgen Irmer

Liebblingsprojekte einer Multi-Kulti Gesellschaft. Im Bundeshaushalt stehen, um die Zahl einmal sehr deutlich zu nennen, rund 23 Mrd. das sind 23.000 Millionen Euro pro Jahr für all das, was mit dem Thema Asyl zusammenhängt. Hinzukommen geschätzte 7 Mrd. Aufwendungen über die Bundesländer, sodass wir grob über einen Betrag von etwa 30 Mrd. Euro sprechen. Geld, das man auch anders und sinnvoller ausgeben könnte. Es soll dabei das Grundrecht auf Asyl für diejenigen, die politisch verfolgt werden, um ihr Leben fürchten müssen, dezidiert nicht aufgegeben werden. Gerade im Interesse derer ist es notwendig, den Missbrauch unter allen Umständen zu verhindern. Und die Verteilung auf mehr Länder löst das Problem deshalb nicht, weil es, wenn das so kommt, nach Quoten beispielsweise geregelt, was aber die Ostblockstaaten zurecht völlig ablehnen, einen sog. Pull-Effekt nach sich ziehen wird, denn wenn man in der Dritten Welt merkt, dass Europa dramatisch mehr Menschen bereit ist aufzunehmen, wird das natürlich zu einem Anziehungsfaktor werden. Und der Weg von Belgien nach Deutschland oder Polen nach Deutschland oder Frankreich nach Deutschland ist nicht weit. Und es würde wieder zu Lasten Deutschlands gehen. Genau dies darf nicht passieren.

Wieso muss eigentlich nur Europa aufnehmen?

Und abschließend sei die Frage erlaubt, wieso es ein „Muss“ ausschließlich für Europa ist, sich um alle Beladenen dieser Welt zu kümmern. In der Regel kommen die meisten Asylanten aus islamischen Staaten. In diesen islamischen Staaten regiert in der Regel die Scharia, das islamische Recht. Es gibt islamische Staaten mit wahhabitischer Ausrichtung, mit sunnitischer, mit schiitischer Ausrichtung, sodass für jeden „Geflüchteten“ im Grunde überall Möglichkeit besteht, ein islamisches Land seiner eigenen Glaubensrichtung aufzusuchen und dort um Asyl zu bitten. Wieso geht man eigentlich in den dekadenten und ungläubigen Westen? Warum kommt niemand auf die Idee beispielsweise zu fordern, dass ein riesiges Reich wie Russland seinen Teil zur Lösung des Problems beiträgt? Wieso kommt man nicht auf die Idee, beispielsweise die asiatischen Länder aufzufordern, ihren Teil zur Lösung des Problems beizutragen? Warum kommen Afghanen nach Europa statt Richtung Pakistan – liegt deutlich näher? Warum fordert man nicht Solidarität durch die Südamerikanischen Staaten ein? Warum der Versuch, nach Europa oder Kanada oder in die USA zu gehen? Man könnte ja auch an die expansiven Chinesen appellieren, zumal sie durch die Ein-Kind-Politik früherer Jahre demografische Probleme habe, auch ihren Teil zur Lösung des Flüchtlings-/Asylantenproblems beizutragen. Wir müssen im Interesse Deutschlands die Zahl der Asylbewerber dramatisch reduzieren, um nicht zusätzliche Probleme zu bekommen. Die finanzielle Belastung ist gigantisch, die gesellschaftspolitische Belastung ist groß, der Wohnungsmarkt wird belastet, die Justiz ist an der Belastungsgrenze – in Teilen ist sie vermutlich schon überschritten – die Sozialkosten sind immens hoch, die Kriminalität durch Asylbewerber ist überproportional hoch und wir haben schon genügend Kriminalität im Bereich der „Bio-Deutschen“. Wir müssen also nicht noch zusätzliche Probleme importieren. Und deshalb ist es richtig, den vorliegenden Entwurf der EU-Kommission abzulehnen, so begrüßenswert das prinzipielle Ziel einer europäischen Einigung ist. Diese Einigung darf aber nicht zu Lasten Deutschlands gehen.

Kritik am Entwurf des Arbeitsschutzkontrollgesetzes

Von Michael von Abercron

Angst macht sich breit in der Fleischindustrie. Das neue Arbeitsschutzkontrollgesetz könnte nämlich die Zukunft vieler mittelständischer Fleischfirmen bedrohen.

Letzte Woche wurde bei einer Sitzung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales der Gesetzesentwurf für das neue Arbeitsschutzkontrollgesetz diskutiert. Dieses sieht vor, dass ab 2021 mehr Kontrollen, höhere Mindeststandards für Unterkunft und einer elektronischen Zeiterfassung auch ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen in den für die Fleischproduktion zentralen Bereichen Schlachtung, Zerlegung und Fleischverarbeitung.

Ausgenommen von diesem Verbot sollen Betriebe von weniger als 49 beschäftigten Personen sein. Problematisch ist diese Zahl dahingehend, dass Betriebe, die ihre Produkte selbst vertreiben jedoch schnell mehr als diese 49 Mitarbeiter haben und damit die Grenzziffer 49 zu niedrig angesetzt ist. Aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades der verschiedenen Arbeitsschritte während der Fleischproduktion, ist eine arbeitsteilig organisierte Fleischveredelung unumgänglich, so Robert Houdek von der Interessensgemeinschaft der bayerischen familiengeführten Ernährungsindustrie. Das Verbot von Werkverträgen würde hier schwerwiegende Konsequenzen haben, da weite Bereiche der Logistik und Reinigung über Werkverträge organisiert seien. "Würde man uns das verbieten, müssten wir morgen zumachen."

Der Verband der Deutschen Fleischwirtschaft (VDF), der übrigens nicht zur Anhörung eingeladen wurde, kritisierte in einer Stellungnahme das gleichzeitige Verbot von Werkverträgen und Arbeitnehmerüberlassung. Zwar werde der Verzicht auf Werkverträge aus Gründen der Flexibilität unterstützt, die Fleischindustrie hat je nach Saison eine unterschiedlich hohe Nachfrage zu bewältigen – doch

Arbeitnehmerüberlassung sei weiterhin essentiell um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und wirtschaftlich arbeiten zu können. Die Absicht, den Arbeitsschutz mit einem Verbot von Leiharbeit zu verbessern, könne mit diesem Instrument nicht erreicht werden, da bereits jetzt in Sachen Entlohnung, Arbeits- und Gesundheitsschutz den Festangestellten rechtlich gleichgestellt sind. Konsequenterweise fordert der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) die Beibehaltung der Leiharbeit, um den saisonalen Anforderungen flexibel gerecht werden zu können. Ein sektorales Verbot der Arbeitnehmerüberlassung hält der ZDG für verfassungswidrig.

Beide Verbände, VDF und ZDG, kritisieren weiterhin die Vorgabe eines alleinigen Inhabers eines Fleischunternehmens, da dies einem Verbot der Unternehmenskooperation gleiche. Dies könne die regionale Vermarktung gefährden, wo beispielsweise unabhängige Unternehmen Prozessabläufe in einem Markenfleischprogramm aufeinander abgestimmt haben. Der sachverständige Jurist Stefan Greiner (Universität Bonn) und weitere Rechtsexperten kritisieren überdies, dass der Begriff des „inhabergeführten Betriebes“ dem Betriebsverfassungsgesetz sogar gänzlich unbekannt sei.

Neben allen aufgeführten Problemen, würde der Gesetzesentwurf auch Lohnschlachtungen verbieten. Die Möglichkeit für kleine und mittelständische Betriebe, auch große Aufträge anzunehmen, die mit der eigenen Kapazität nicht zu bewältigen wären, wird damit genommen. Dieses Verbot greift die Existenzgrundlage vieler Schlachtstätten an. Auch kommunale Schlachthöfe wären damit in ihrer Existenz bedroht.

(<https://www.topagrar.com/markt/news/vielfache-kritik-am-entwurf-des-arbeitsschutzkontrollgesetzes-12374383.html>)



Dr. Michael von Abercron ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Wir müssen die Islamismusbekämpfung von der Integrationspolitik trennen

von Sylvia Pantel

Auf die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty reagierte die deutsche Politik mit geradezu beschämender Gleichgültigkeit. Erst nach der Festnahme des mutmaßlichen Mörders von Dresden, Abdullah H., kam Bewegung in die Debatte. Doch bei der Bekämpfung des Islamismus steckt Deutschland schon lange in einer Sackgasse. Begonnen hat dies mit der Vermischung des Themas mit der Integrationspolitik. Selten hat die Politik in Deutschland und Frankreich so vollkommen unterschiedlich auf einen Anschlag reagiert wie im Fall der bestialischen Ermordung des Lehrers Samuel Paty vor etwas mehr als einer Woche. Während die regierenden Politiker Frankreichs Islamisten nun zu „Feinden der Republik“ erklären und dem ermordeten Lehrer Paty posthum die höchste Auszeichnung des Landes, den Orden der Ehrenlegion, verliehen und ihn mit einer Gedenkfeier in der Sorbonne gewürdigt haben, debattierten in Deutschland die Regierungspolitiker darüber, dass Migranten von der Corona-Krise die am stärksten betroffene Gruppe seien. Ich meine, dass diejenigen am stärksten von der Corona-Krise betroffen sind, die an dem Virus schwer erkranken oder sogar daran gestorben sind.

Außenminister Heiko Maas (SPD) und CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak verurteilten den Terror-Anschlag bei Paris zwar pflichtschuldig auf Twitter. Es wurde bis jetzt aber vermieden, den islamistisch motivierten Täter auch als solchen zu benennen. Lediglich mein Partei- und Bundestagskollege Christoph de Vries nannte den Täter auch beim Namen. Aber nicht nur die deutsche Politik reagierte mit einer geradezu beschämenden Gleichgültigkeit auf die Enthauptung von Samuel Paty.

Es sind gerade erst fünf Monate ins Land gezogen, dass der Tod von George Floyd bei einem Polizeieinsatz in Minneapolis (USA) auch in Deutschland zu Massendemonstrationen geführt hat. Sein Tod gibt Anlass zu berechtigten Fragen, mit denen Amerika sich politisch und auch

juristisch auseinandersetzt. Dabei werden mehr und mehr aber nicht nur das weltweit bekannte Video, sondern auch bislang noch nicht in den Blick genommene Fakten, wie etwa die Fragen danach, warum sich der vorbestrafte Floyd seiner Festnahme widersetzt hat oder welche Rolle der Cocktail aus verschiedenen Drogen, die er dabei im Blut hatte, bei seinem Tod gespielt hat, zur Sprache kommen und in die Wertung einbezogen werden. Da Floyd dunkelhäutig war und bei einem Polizeieinsatz zu Tode gekommen ist, neigten viele auch hierzulande und damit aus weiter Ferne sofort zu dem Schluss, dass er ausschließlich ein Opfer von Rassismus gewesen sein konnte. Der Tod von Samuel Paty hingegen, der als Lehrer mit seinen Schülern über Meinungsfreiheit diskutieren wollte und seine Aufklärung und Toleranz vermittelnde Pädagogik mit seiner Enthauptung bezahlen musste, ist in Deutschland ganz offensichtlich kein Grund für Demonstrationen oder Empörung.

Woher aber rührt diese Gleichgültigkeit gegenüber Opfern des islamistischen Terrors? An der Entfernung zum Geschehen kann es nicht liegen; George Floyd kam im US-Bundesstaat Minnesota, also ebenfalls weit entfernt, zu Tode. Und trotzdem griffen viele Repräsentanten in Politik und Gesellschaft dies sofort auf, um eine breite Debatte über Rassismus auch bei der deutschen Polizei in Gang zu bringen, die bis heute nachhallt. Die Enthauptung von Samuel Paty hingegen löste bislang keine tiefergehende Debatte aus.

Anschläge in Deutschland nur knapp verhindert

Dabei kann der islamistische Terror, der in Frankreich bereits Alltag ist, auch Deutschland jederzeit erreichen. Dies belegt nicht zuletzt ein Prozess, der gerade vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf stattfindet – unbemerkt von der Öffentlichkeit. Dort wird gegen den 30-jährigen Tadschiken Ravsan B. verhandelt, der mitten in Nordrhein-Westfalen eine Terror-Zelle gegründet haben

soll, um hier Anschläge zu begehen. Wie viele andere islamistische Terroristen kam auch Ravsan B. als Asylbewerber nach Deutschland. Die von ihm vorgetragene Lebensgeschichte, er werde in Tadschikistan politisch verfolgt, wurde von den Behörden offenbar ungeprüft für wahr gehalten. So konnte er in Deutschland bleiben, hier Sozialleistungen beziehen und gleichzeitig eine Terror-Gruppe gründen, die laut Anklage mit hochrangigen IS-Terroristen in Syrien und Afghanistan in Verbindung stand. Anschlagziele waren Luftwaffen-Stützpunkte, darunter auch die Nato-Airbase in Geilenkirchen im Kreis Heinsberg. Dort sind AWACS-Flugzeuge stationiert, die auch an Anti-IS-Einsätzen teilgenommen haben. Ein anderes Anschlagziel war ein in Neuss lebender und zum Christentum konvertierter Iraner. Dieser hatte mit seiner pointierten Islam-Kritik angeblich „religiöse Gefühle“ verletzt. Also sollte er nicht nur ermordet werden; vielmehr soll weiter geplant gewesen sein, seinen Leichnam auf YouTube als Video zu präsentieren, um in der Bevölkerung Angst und Verunsicherung zu schüren. Eine Planung, die auffällige Ähnlichkeiten mit der Ermordung von Samuel Paty aufweist und nur durch die profunde Arbeit der ermittelnden Polizisten verhindert werden konnte.

Aber auch dieser Fall löste keine Diskussionen aus. Stattdessen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik und leider auch die Medien diese gescheiterten Anschläge rasch unter den Teppich kehren wollten.

Sicherheit von Terroristen wichtiger als die der Bevölkerung?

Wenige Tage nach dem Mord an dem Lehrer Samuel Paty wurde Abdullah H. ein 20-jährige Syrer, der am 4. Oktober in Dresden ein homosexuelles Paar mit dem Messer angegriffen haben soll, verhaftet. Einer der Männer wurde schwer verletzt, der andere starb. Nachdem Abdullah H. 2018 wegen Anwerbung von weiteren „Glaubenskämpfern“ für die

Terrororganisation „Islamischer Staat“ verurteilt worden war, kam er fünf Tage vor seiner Tat aus der Haft frei und wurde observiert. Trotzdem war er in der Lage, sofort zuzuschlagen und die Männer mit dem Messer anzugreifen.

Wie konnte es zu dieser politischen Sackgasse kommen? Wie konnte eine solche Situation, die faktisch eine Einladung für Islamisten ist, auch verstärkt in Deutschland aktiv zu werden, überhaupt entstehen? In den Tagen nach der Enthauptung von Samuel Paty gab es viel Kritik, die politische Linke würde in „gute“ und „schlechte“ Täter und Opfer unterteilen und diese Einteilung davon abhängig machen, ob sie eine Gewalttat nach ihren Kategorien als empörend empfindet oder eben nicht. Das Problem ist die ideologisch bedingte Realitätsverzerrung der Linken, die aber leider auch auf die Integrationsdebatte übertragen wurde. Diese verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit reduziert die Welt auf zwei Gruppen von Menschen: Täter – Opfer, Mächtige – angeblich Ohnmächtige, Weiße – Schwarze, Böse – Gute, Reiche – Arme usw.

Konflikte und Ereignisse werden vorwiegend vor diesem Hintergrund gedeutet und eingeordnet. Dabei hat sich ein Narrativ etabliert, das nicht weiter hinterfragt wird: Wenn ein dunkelhäutiger Mensch in den USA von einem weißen Polizisten getötet wird, dann kann das nur Rassismus gewesen sein – und zwar nicht nur ein individueller, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Rassismus. Dass die Linken hier längst jeden moralischen Kompass verloren haben, trifft zwar zu, greift aber als Erklärung viel zu kurz.

Die „Mutter aller Fehler“ im Umgang mit Islamismus war die Vermischung des Themas mit der Integrationspolitik. Dies führte schnell zu der auch von den sogenannten Leitmedien bis heute eingenommenen Haltung, nach der eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islamismus sowie dessen konsequente Benennung und Bekämpfung mit einer Diskreditierung muslimischer Migranten gleich zu setzen sei. Mit dieser Unterbindung einer ehrlichen Debatte aber begann zugleich eine Relativierung und Verniedlichung des Islamismus auch durch eine Reihe systemrelevanter staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Damit einhergehend war auch schnell das ideologisch motivierte Konstrukt geboren, ein extremistischer Moslem werde nur deshalb zu einem gewalttätigen Islamisten, weil er zuvor in der Gesellschaft diskriminiert

und ausgegrenzt worden sei. Experten, die dem widersprachen und darauf hinwiesen, dass sich Islamisten auf den Islam beziehen, wurden schnell aus ihren Ämtern entfernt, weil sie der Ideologie, nach der die Gesellschaft diese Art von Gewalt miterzeugt habe, im Wege standen.

Und es kam noch schlimmer: Auf dieser rein ideologisch begründeten Annahme wurden Präventions- und Deradikalisierungsprogramme entwickelt, die Millionen Euro Steuergeld verschlungen haben. Diese Gelder sollten wir besser zur Förderung unseres Bildungssystems einsetzen, zum Beispiel für das notwendige Einüben aller Schüler in tolerantem und zugleich demokratischem Denken.

Die Bemühungen der Sozialarbeiter aber mussten im Ergebnis scheitern, weil sie diejenigen Islamisten, die aus einer totalitären Überzeugung heraus ohne Rücksicht auf jegliche Verluste handeln, gar nicht vor Augen hatten oder Kontakt zu ihnen finden konnten.

Eine Integrationspolitik, die sich mit dem Thema Islam befasst, ist nicht zu kritisieren. Aber dieses Bemühen als Vorwand zu benutzen, um am Ende gewaltbereite und gewalttätige Islamisten dahingehend für unmündig zu erklären, dass man sie als hilflose Opfer von Ausgrenzung ansieht und nicht als Terroristen, die sich bewusst zu ihren Taten entschlossen haben und auch vollkommen überzeugt von ihrem Tun dazu stehen, ist selbst eine im Kern rassistische Sichtweise. Damit wird die Ideologie der „kritischen Theorie“ der so genannten Frankfurter Schule, gesellschaftliche Konflikte unter dem Aspekt von „Macht versus Ohnmacht“ zu deuten, auf sämtliche Bereiche des Lebens übertragen.

Abgesehen davon glaube ich, dass es noch zwei weitere Aspekte gibt, die hier eine Rolle spielen und allerdings nicht zuvörderst ideologisch, sondern zutiefst menschlich sind: Angst und Bequemlichkeit. Angst, weil eine Konfrontation mit dem Islamismus dessen Gewalt noch häufiger und deutlicher zum Vorschein bringt. Machen wir uns nichts vor: Es werden Menschen durch die Hand von Islamisten sterben, wenn wir dem islamistischen Terror und seiner totalitären Ideologie die Stirn bieten. Aber machen wir uns auch etwas Anderes nicht vor: Weitere Terroranschläge werden geplant und auch stattfinden, weil die Rahmenbedingungen

dies aktuell ermöglichen. Schweigen aber wird uns nicht schützen. Der zweite menschliche Faktor, die Bequemlichkeit, breitet sich derzeit aus, weil jeder, der das Thema Islamismus und Terror aufgreift, sich auch mit dem linken Mainstream auseinandersetzen muss und von diesem umgehend als islamophober Rassist abgestempelt wird. Sich zu äußern kann negative, existenzielle Auswirkungen auf jeden Mann und jede Frau haben, also ist es menschlich und verständlich, dass kaum jemand gern gegen den Mainstream argumentiert und diese Risiken für sich einght.

„Deradikalisierung“ folgt ideologischem Wunschdenken

Dass der Täter von Dresden von dem sogenannten Präventions-Dienstleister „Violence Prevention Network“ (VPN) betreut wurde, spricht Bände. Und dies ist nicht der erste Fall dieser Art: Der Jugendliche, der 2016 einen Bombenschlag auf ein Sikh-Gebetshaus in Essen versucht hat, wurde von dem Präventionsprogramm „Wegweiser“ betreut. Aber alle diese teuren und ergebnislosen Deradikalisierungsprogramme wurden von Journalisten bis heute nicht hinterfragt; stattdessen berichteten die meisten großen Medien darüber, als seien diese Programme alternativlos und der Weisheit letzter Schluss. Und selbst jetzt wollen viele immer noch nicht einsehen, dass eine Islamismus-Bekämpfung, die auf ideologischem Wunschdenken basiert und ansonsten nur finanzielle Mittel für sogenannte Präventions-Dienstleister verausgibt, in der Praxis nicht funktionieren kann.

Die Vermischung von Integrations- und Sicherheitspolitik hat aber zu der bizarren und skandalösen Situation geführt, dass sogar Vereine und Moscheen, die der Verfassungsschutz als islamistisch eingestuft hat, gleichwohl von Integrationsministerien öffentliche Gelder bekommen. Dabei wäre der Ausweg aus dieser Sackgasse machbar: Politik und Medienschaffende müssten sich wieder an den anti-totalitären Konsens erinnern, nach dem jede Form des Extremismus und der Demokratiefeindlichkeit gleichermaßen bekämpft werden muss.

Es darf einfach keine Rolle mehr spielen, ob Anschläge politisch links oder rechts oder religiös motiviert sind. Jeder Extremist ist zu bekämpfen und das muss wieder von einer inhaltslosen Floskel zur täglichen Politik-Maxime werden. Dazu gehört natürlich auch, dass sich Integrationspolitiker nicht mehr in die Bekämpfung des Islamismus einmischen und diese wieder den Innenpolitikern überlassen. Und dass die dem Verfassungsschutz als islamistisch bekannten und auch so benannten Moscheen und Vereine keine öffentliche Mittel mehr erhalten. Hinzu kommt, dass es in einer humanistischen Gesellschaft eigentlich eine zivilisatorische Selbstverständlichkeit sein sollte, dass Opfer extremistisch motivierter Anschläge gleichermaßen beklagenswert sind und dass das Milieu der Täter gleichermaßen geächtet wird.



Die Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete und Sprecherin des Berliner Kreises Sylvia Pantel

Natürlich wäre die Bedrohung durch den Islamismus damit nicht von heute auf morgen gebannt. Aber es würde die Ausbreitung dieser Seuche stark eindämmen und unser Land und Europa damit deutlich sicherer machen. Wir müssen anfangen, die Dinge beim Namen zu nennen.

[\(https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/wir-muessen-die-islamismusbekaempfung-von-der-integrationspolitik-trennen/\)](https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/wir-muessen-die-islamismusbekaempfung-von-der-integrationspolitik-trennen/)

Pressemitteilungen des Berliner Kreises: September & Oktober

Pressemitteilung zu Kinderrechten im Grundgesetz

07.10.2020

Die Debatte um die Ergänzung von Kinderrechten im Grundgesetz hat in dieser Legislatur wieder neuen Wind bekommen. So wurde im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz beschlossen. Der Berliner Kreis in der Union, der sich seit jeher für die besondere Stellung der Familie und für die Sicherstellung des Kindeswohles einsetzt, hat gegen diese Grundrechtsnovelle schwerwiegende Bedenken.

Zunächst zur Frage der Notwendigkeit: Bereits nach heutiger Gesetzeslage sind die Rechte der Kinder – auch verfassungsrechtlich – ausreichend geschützt, da auch Kinder Grundrechtsträger sind. Eine zusätzliche Verankerung ist daher unnötig. Vielmehr überwiegen die potentiellen Risiken dieser Grundrechtsnovelle, da das bisher grundgesetzlich gewährleistete Elternrecht zugunsten der Interventionsmöglichkeiten des Staates verschoben werden könnte. Dies kann auch geschehen, obwohl die Eltern ihren Pflichten nachkommen, wie Prof. Dr. Gregor Kirchhof, LL.M. konstatiert (Vgl. Kirchhof 2019). Diese Verschiebung zugunsten des Staates würde einen Trend manifestieren, der im Extremfall zu staatlicher Willkür führen könnte und bei dem das Kindeswohl letztlich nicht immer als Leitprinzip angewendet würde (Vgl. Antholz 2017, ABC Kindesvertretung 2020).

Jenseits der familienrechtlichen Dimension des Vorhabens, würde eine solche Grundgesetzänderung auch die Abwehrrechte der Bürger gegen den Staat, also die originären bundesrepublikanischen Freiheitsrechte relativieren.

Ein Eingreifen staatlicher Behörden ist bereits nach heutiger Gesetzeslage bei ernsthafter Beeinträchtigung des Kindeswohls gesichert. Da zudem eine Sicherheitsklausel im vorgeschlagenen Art. 6 Abs. 1a, welche die Unberührtheit des Elternrechts explizit erwähnt, fehlt, könnte der vorgeschlagene Gesetzesentwurf zu Missverständnissen in der Rechtsauslegung führen und die Beschneidung familiärer Freiheit festschreiben.

Daher lehnt der Berliner Kreis das geplante Vorhaben zur Festschreibung von Kinderrechten im Grundgesetz ab.

Literatur

- Antholz, Birger. 2017. Kindesinobhutnahmen 1995-2015. In „Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe“
- ABC-Kindervertretung. 2020. Bei familiären Krisen: Gefahren staatlicher Beiträge für Grundrechte des Kindes, seiner Eltern und der Familie als Ganzes. Möglichkeiten der Veränderung. abc-kindervertretung.de
- Kirchhof, Gregor. Kinder, Eltern, Staat. In „NJW-aktuell“ 47/2019.

Glückstag der deutschen Geschichte: 30 Jahre Wiedervereinigung

03.10.2020

Wir feiern am heutigen 3. Oktober 2020 die Wiedervereinigung unserer Nation – 30 Jahre Deutsche Einheit. Wir hatten das große Glück, dass viele positive Umstände zusammenkamen, die die friedliche Revolution möglich machten und es ist ein wichtiger Tag für unsere deutsche Geschichte. Seit drei Jahrzehnten Jahren leben endlich wieder alle Deutschen in unserem freien und geeinten Heimatland. Unsere tief empfundene Dankbarkeit gilt den friedlichen Revolutionären in der damaligen DDR, deren Mut und Entschlossenheit gegen die SED Diktatur, die Wiedervereinigung möglich gemacht hat.

Dies war die Voraussetzung für Bundeskanzler Helmut Kohl den Prozess der Wiedervereinigung politisch zu gestalten und die Deutsche Einheit zu ermöglichen. Unterstützung erhielt Helmut Kohl dabei von der CDU/CSU, dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher und dessen FDP sowie außenpolitisch durch die Rückendeckung des US-Präsidenten Georg H. Bush und das Entgegenkommen von Michail Gorbatschow sowie das Handeln Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei.

Auch gegen innenpolitische Widerstände musste sich Helmut Kohl damals durchsetzen. Ein Punkt der heute oftmals zu kurz kommt. Ohne Helmut Kohl, heute als „Kanzler der Einheit“ gefeiert, und die CDU/CSU wäre eine Wiedervereinigung womöglich nicht zustande gekommen. Die Union war seinerzeit die letzte politische Kraft, die noch an diesem Ziel der Wiedervereinigung festgehalten hat.

Helmut Kohl schrieb dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich

Honecker, anlässlich dessen Staatsbesuches in Bonn 1987, ins Stammbuch: „Das Bewusstsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren.“

Doch SPD und die Grüne dachten im gleichen Jahr, 1989 (!), noch ganz anders. Viele Grüne und Sozialdemokraten bekämpften die Wiedervereinigung und wollen heute nichts mehr davon wissen, aber wenn es damals einen SPD-Kanzler gegeben hätte, läge die Wahrscheinlichkeit der Wiedervereinigung bei null.

Der später Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sagte am 20. September 1989 im Hessischen Landtag: „Diese Wiedervereinigung will außer den deutschen Konservativen und außer jenen, die aufgrund verhinderteter Reformen in der DDR keine andere Perspektive mehr sehen, in Europa und in der Welt niemand. [?] Vergessen wir die Wiedervereinigung! [Sie glauben daran, ich glaube nicht daran.] Warum halten wir nicht für die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber?“

Einen Eklat provozierte im Mai 1989 Gerhard Schröder (SPD), als er im niedersächsischen Landtag die Wiedervereinigung als pure Illusion abtat. Der damalige SPD-Oppositionsführer in Niedersachsen legte am 12. Juni 1989 in „Bild“ nach und erklärte: Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht. Und es gibt wichtigere Fragen der deutschen Politik in Europa.“

Und noch am 27. September 1989 erklärte der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, dass eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik „reaktionär und hochgradig gefährlich“ sei.

Der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen – und spätere Bundespräsident eines wiedervereinten Deutschland – Johannes Rau, damals forderte eine Woche nach der Maueröffnung (!) das sofortige Ende der Wiedervereinigungsdebatte.

Oskar Lafontaine, damals SPD-Ministerpräsident des Saarlands und heute Linke [sic!], erklärte zur Frage der Wiedervereinigung – als stellvertretender SPD-Vorsitzender am 18. Dezember 1989

beim Parteitag in Berlin (!): „Welch ein historischer Schwachsinn!“

Und auch der spätere Außenminister des wiedervereinten Deutschland, Joschka Fischer, wusste in der „Bunten“ nachzulegen: „Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre für unsere Nachbarn . . . nicht akzeptabel. Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz wäre in seiner Konsequenz ein Unglück für das deutsche Volk. Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Vorteil die Deutschen aus einer Wiedervereinigung hätten . . .“

Nur Bundeskanzler Helmut Kohl dagegen erklärte in seiner Rede am 19. Dezember 1989 vor der Frauenkirche in Dresden „Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation.“

Bereits am 18. Januar 1989 hatte Kohl anlässlich des CDU-Kongresses „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ diese vorausschauenden Worte gesprochen:

„Wenn wir das 40jährige Bestehen unserer freiheitlichen Demokratie feiern, dann vergessen wir darüber niemals, dass die Bundesrepublik nicht unser ganzes Vaterland ist: Auch die DDR wird in diesem Jahr vierzig Jahre alt. Um so mehr bekräftigen wir (...) unsere Verbundenheit mit all jenen Deutschen, denen ein Leben in Freiheit bislang versagt blieb. (...) In dieser europäischen Perspektive liegt Deutschlands Zukunft – und wenn ich Deutschland sage, meine ich nicht nur die Bundesrepublik allein. Die europäische Einigungspolitik bildet nach wie vor die einzig sinnvolle Antwort auf die ungelöste deutsche Frage. Europa muss den Rahmen bilden, in dem alle Deutschen in Einheit und Freiheit zusammenkommen können. (...) Die Wiedervereinigung Deutschlands ist Verfassungsauftrag; Friedenspolitik und europäische Einigung sind es ebenfalls. (...) Es geht um beides: um Einheit und Freiheit. Freiheit ist Bedingung der Einheit, sie darf nicht ihr Preis sein.“

Die Menschen in der DDR haben durch ihren friedlichen Protest das SED-Regime zum Einsturz gebracht und danach immer wieder öffentlich ihren Willen zur Deutschen Einheit bekundet – nicht zuletzt in den ersten freien Wahlen in der DDR, als überraschend für die linken Parteien und die Medien die Allianz für Deutschland mit Lothar de Maiziere (CDU) die Wahlen gewann. Deren Wahlprogramm hatte letztlich nur die Wiedervereinigung zum Ziel.

Für die politische Umsetzung der Wiedervereinigung bedurfte es jedoch des richtigen politischen Willens. Wir können von Glück reden, dass Helmut Kohl und die CDU/CSU damals die Regierung führten. Die Genossen und die Grünen hätten, nach all ihren seinerzeitigen Bekundungen, bestimmt keine Anstrengungen für eine Wiedervereinigung unternommen.

Im Sinne der historischen Genauigkeit und Gerechtigkeit bleibt die Deutsche Einheit das große, nie zu vergessene Verdienst Helmut Kohls und seiner damaligen Unterstützer. Ihm gilt unser aller Dank für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Literatur

„Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation.“ Rede am 19. Dezember 1989 vor der Frauenkirche in Dresden.

https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?key=menu_sel2&menu_sel=15&menu_sel2=213&menu_sel3=120

Rede aus Anlass des offiziellen Besuchs von Generalsekretär Erich Honecker am 7. September 1987 in Bonn Quelle, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Nr. 83. 10. September 1987, S. 705-707

https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?key=menu_sel2&menu_sel=15&menu_sel2=213&menu_sel3=120

<https://www.cdu-fraktion-hessen.de/presse/christean-wagner-spd-und-gruene-haben-sich-1989-noch-gegen-wiedervereinigung-ausgesprochen-alle-part/>

https://www.focus.de/politik/deutschland/10-jahre-einheit-und150-wendehaelse-illusion-nicht-vision_aid_185563.html

Rede zur Eröffnung des CDU-Kongresses „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ am 18. Januar 1989 in Bonn, Redemanuskript. Bandesgeschäftsstelle der CDU.

https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?key=menu_sel2&menu_sel=15&menu_sel2=213&menu_sel3=120

Pressemitteilung ZU der Lage in Moria

15.09.2020

Am 08.09.2020 brannte das Flüchtlingslager in Moria auf der Insel Lesbos, Griechenland, ab. Nach bisherigen Informationen legten Bewohner des Lagers, zusammen mit Vertretern von NGOs das Feuer selbst, um eine Evakuierung der Flüchtlinge auf das europäische Festland zu erzwingen. Bei dem Brand in dem Lager, das circa 13.000 Flüchtlinge beherbergt, wurde nach aktuellen Informationen niemand verletzt. Die Motivation der Brandlegung ist als moralische Erpressung zu verstehen. Daher bittet die griechische Regierung ausdrücklich darum, keine Migranten aus dem Lager Moria aufzunehmen, da andernfalls Trittbrettkaktionen und Sabotageakte in weiteren Flüchtlingslagern motiviert werden könnten.

Es ist die Linie der CDU/CSU-Fraktion, eine humanitäre und gesamteuropäische Lösung in der Asylpolitik zu finden. Daher sollte dem souveränen Wunsch Griechenlands auch von Seiten Deutschlands entsprochen werden.

Wie schon in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt, setzt sich die Bundesrepublik Deutschland in weit überdurchschnittlichem Maße für humanitäre Hilfe in aller Welt und für Flüchtlinge im Besonderen ein. So wurden in Deutschland seit 2014 über zwei Millionen Asylanträge gestellt und die Kapazitäten des BAMF eigens dafür mehr als verdoppelt. Auch wurden in den letzten Jahren jeweils knapp 23 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für die Versorgung der Flüchtlinge in Deutschland aufgewendet. Zum Vergleich: der Bundeshaushalt für Bildung und Forschung hat ein Volumen von 18,3 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung engagiert sich auch in Griechenland personell, materiell und finanziell. So wurden allein in diesem Jahr 150 Winterzelte und 1500 Feldbetten, dazu Beleuchtung und Heizungen nach Griechenland geschickt. Personelle Unterstützung erhält Griechenland durch 60 Bundespolizisten und zwei Mitarbeiter des BAMF. Weitere können auf Wunsch Griechenlands angefordert werden. Auch Unterstützung durch das Technische Hilfswerk kann von Griechenland jederzeit angefordert werden. Die diesjährigen Leistungen im Umfang von 2,4 Millionen Euro werden durch milliardenschwere Hilfen durch

die EU ergänzt, zu denen Deutschland nicht unerheblich beiträgt.

Die Flüchtlingskrise 2015 verursachte eine tiefe Spaltung in der deutschen Gesellschaft. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht weiter zu belasten, versprach Frau Bundeskanzler Angela Merkel, dass eine Situation wie die des Sommers 2015 sich nicht wiederholen soll und darf. Die geeignetste Lösung für Moria ist und bleibt daher tatkräftige und solidarische Unterstützung vor Ort, eine weiterhin engagierte Bekämpfung der Fluchtursachen und das Finden einer tragkräftigen europäischen Lösung in der Asyl- und Migrationspolitik.

Solid Leipzig diffamiert Polizisten: Bundestagsabgeordneter Hans-Jürgen Irmer stellt Strafanzeige gegen Linksjugend

09.09.2020

Auf Twitter verbreitete die Linksjugend Leipzig am 05.09.2020 die Meldung, dass man bei den linksradikalen Krawallen nicht nur gratis veganen Eiskaffee verteilen würde, sondern auch mit Stickern wirbt und diese verteilt, auf denen die Formulierung „Advent, Advent. ein Bulle brennt!“ zu lesen ist. Das ist nichts anderes als eine Aufforderung zur Gewalt gegen Polizeibeamte, Beleidigung und Volksverhetzung und somit völlig inakzeptabel.



Der Twitterpost der Leipziger Linksjugend

Hans-Jürgen Irmer: „Ich fordere die Spitze der SED-Rechtsnachfolgepartei DieLINKE auf, sich unmissverständlich von der Linksjugend Solid zu distanzieren, die damit einmal mehr unter Beweis stelle, wie eng die Verflechtungen zwischen ihnen und linksradikalen Antifa-Gruppen ist. Seien es die engen Verbindungen der Linkspartei zu Marx 21, der Roten Hilfe oder anderen: Die Linkspartei handelt mit sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen an, die mit der freiheitlich, demokratischen Grundordnung auf Kriegsfuß stehen. In unserer Demokratie ist weder Gewalt gegen Sachen noch Gewalt gegen Menschen zu rechtfertigen. Wir dürfen weder auf dem linken noch rechten Auge blind sein oder sie je nach Weltanschauung relativieren oder rechtfertigen.“

Hans-Jürgen Irmer selbst ist ehrenamtlicher Vorsitzender einer vor fast 25 Jahren gegründeten Bürgerinitiative namens Pro Polizei Wetzlar, die über 900 Mitglieder hat und die sich zum Ziel gesetzt hat, die Polizei nicht nur materiell, sondern auch ideell zu unterstützen. Im letzten Jahr waren über 60.000 Angriffe auf Polizeibeamte, Feuerwehrkameraden und Sanitäter zu verzeichnen – Tendenz steigend. Das ist nicht nur inakzeptabel, sondern auch eine Gefahr für die Demokratie und das Gewaltmonopol des Staates. Hans-Jürgen Irmer hofft, dass Täter mit aller Härte des Gesetzes verfolgt werden und gegebenenfalls auch der Strafraum erhöht werden müsse. Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter sind Helfer und Repräsentanten der Bundesrepublik. Sie verdienen unseren Schutz und unsere Anerkennung. Daher ist für Hans-Jürgen Irmer jeder Angriff auf sie auch ein Angriff auf unser Land und unsere Freiheiten und demokratische Verfassung. Wer zur Entmenschlichung von Einsatzkräften wie die Linksjugend Solid Leipzig mit ihrem Tweet beitrage, schürt Enthemmung und bereitet Gewalt und Extremismus den Nährboden. Das nimmt Irmer nicht hin: „Unsere Demokratie ist wehrhaft. Unsere Gesellschaft hoffentlich auch!“ Deshalb habe er Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Leipzig eingereicht.

Inhaltlich
Verantwortlicher
gemäß § 5
Telemediengesetz
(TMG)

Berliner Kreis in der
Union e. V.

vertreten durch
Sylvia Pantel, MdB;
Platz der Republik 1;
11011 Berlin und Dr.
Christean Wagner.
E-Mail:
[kontakt@berliner-
kreis.info](mailto:kontakt@berliner-
kreis.info)